Rettungsplan mit Nebenwirkungen für das Spital Wallis

Das Spital Wallis ist defizitär. Dabei müssten eine Milliarde Franken investiert werden. Der Staatsrat hat einen Plan. Ein neuer Fonds inklusive.

Gesundheitsminister Mathias Reynard und Finanzdirektor Roberto Schmidt wollen einen neuen Fonds. Schmidt erklärt: «Die jährlichen, nicht rückzahlbaren Subventionen belasten den Staatshaushalt zu stark.» Bild: Keystone

Armin Bregy und Mauro Pfammatter

Dass das Spital Wallis finanziell arg angeschlagen ist, ist bekannt. Das Finanzinspektorat hat mehrfach auf die angespannte Situation hingewiesen. Sie wird künftig nicht einfacher – im Gegenteil: Das Spital Wallis schreibt für das vergangene Geschäftsjahr ein Defizit, dabei beläuft sich der Gesamtbetrag der laufenden und künftigen Investitionen auf rund eine Milliarde Franken. Das gaben die beiden Staatsräte Roberto Schmidt (mo) und Mathias Reynard (SP) am Dienstagnachmittag im Sitten bekannt – kurz bevor sie ein neues Finanzierungskonzept, oder zumindest dessen Eckpunkte, präsentierten.

So will das Wallis seine Spitäler retten

Um diese Investitionen zu ermöglichen, schlägt der Staatsrat vor, dem Spital Wallis eine weitere Rahmenbürgschaft in Höhe von 294 Millionen Franken zu gewähren – zusätzlich zu den bereits zugesagten 400 Millionen Franken. Davon sind rund 78 Millionen Franken zur Finanzierung der Teuerung und der zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit den Erdbebensicherungsmassnahmen in Brig und Sitten vorgesehen. Die weiteren Eckpunkte: Die Finanzierung der Erdbebensicherheit bestehender Gebäude soll über das reguläre Budget der Dienststelle für Gesundheitswesen sichergestellt werden. Der Staatsrat sieht zudem vor, dem Spital Wallis eine Subvention in Höhe von maximal 70 Millionen Franken zu gewähren, um die Kosten für Abschreibungen und Zinsen der neuen Kredite zu decken.

Schliesslich wird die Kantonsregierung dem Grossen Rat die Schaffung eines kantonalen «Immobilienfonds Gesundheitswesen» vorschlagen, mit dem die Gebäudeschattweise zusammengelegt werden können. «So wie das Spital Wallis schlussendlich Mieter des Staates Wallis», sagte Staatsrat Schmidt.

Dieses neue Finanzierungspaket sei eine dauerhafte Lösung – und diese sei dringend notwendig. Ohne geeignete Massnahmen könnte das Spital Wallis im Laufe des Jahres 2026 in einen Liquiditätsengpass geraten, so Schmidt weiter.

Die Finanzierungsschwierigkeiten seien auf die gestiegenen Baukosten, die Marktbedingungen, aber auch auf die unzureichenden Spitalartife zurückzuführen, die viele Spitäler in eine schwierige finanzielle Lage bringen würden. Schmidt sagte aber auch, dass die «spezielle Situation im Oberwallis» zu den marokkanten Mehrkosten beigetragen habe. Beim Oberwalliser Spitalneubau in Brig sollen die Kosten laut dem neo-Finanzminister um bis zu «20 bis 30 Prozent höher sein» als beim neuen Spital von Sitten. Auch Spitalvertreter sagten kürzlich, dass im Oberwallis der Markt nicht spiele, was zu höheren Kosten führe. Ein Umstand, der in Walliser Polit- und Wirtschaftskreisen derzeit rege diskutiert wird. So sagte at Bundesrat Pascal Couchepin (FDP), dass das Gesundheitsdepartement auf eine Krise zusteuere – weil die Kosten im Oberwallis überboden würden. «Es scheint, dass die Vergabepreise im Vergleich zu anderen Bauvorhaben zu grosszügig waren», referierte der Altbundesrat in der Unterwalliser Tageszeitung «Le Nouvelliste». Hintergrund der Attacke dürften die Zentralisierungsabsichten der Spitalverantwortlichen im Unterwallis sein. Couchepin steht dem Spital von Martinach nahe. Werner Leisinger in Sitten konzentriert, würde der Standort am Rhoneknie unter Druck geraten. Das wolle Couchepin verhindern, vermutmet man aus dem Unterwallis, daher zielte er auf das Oberwallis. Das Intermezzo zeigt: Die schwierigen Diskussionen, die im Oberwallis geführt wurden, um die Standorte Visp und Brig zusammenzulegen, dürften bald im Unterwallis geführt werden. Nicht minder emotional.

Bringt der neue Fonds wirklich Vorteile?

Zurück zum neuen Finanzierungsmodell: Neben der zusätzlichen Rahmenbürgschaft, den weiteren Subventionen und der Übernahme der Erdbebensicherungskosten rückt ein neues Instrument in den Fokus der Immobilienfonds «Gesundheit». «Die jährlichen, nicht rückzahlbaren Subventionen belasten den Staatshaushalt zu stark», erklärte Finanzdirektor Roberto Schmidt vor den Medien. Der neue Fonds könne über das Eigenkapital des Kantons geäufnet werden, das derzeit über eine Milliarde Franken beträgt.

Würde der Fonds eingerichtet, würde künftig der Kanton die benötigten Infrastrukturen selbst bauen und dem Spital Wallis (HVS) zu einer «angemessenen, tragbaren Miete» zur Verfügung stellen. Wie hoch diese Mieten ausfallen, ist dabei zentral: Einerseits müsse der Fonds tragfähig sein, andererseits müsse das Spital wirtschaftlich überleben können, so Schmidt. Die Mietpreise müssten entsprechend sorgfältig ausgehandelt werden.

Mit dem neuen Fonds würden zudem Umfang, Prioritisierung und Zeitplan künftiger Spitalinvestitionen durch den Staatsrat und den Grossen Rat festgelegt. Langfristig sollen auch die bestehenden 89 Spitalgebäude schrittweise in den neuen Fonds überführt werden – ein äusserst komplexes Unterfangen. Bis Ende 2026 soll eine Arbeitsgruppe einen Zwischenbericht zur Ausgestaltung des Fonds vorlegen.

Investitionsbedarf

Investitionsbedarf	Finanzierung / Bürgschaft	TOTAL (M CHF)
Strategische Investitionen (Sterilisation, Erweiterung Sion, United Brig)	Finanziert: Spezifische Bürgschaft gewährt	400.00
Parking Sitten (abgeschlossen) und Brig (in Arbeit)	Finanziert: Eigenfinanzierung	37.44
Ordentliche Investitionen	Finanziert: HVS, durch Betriebsmittel oder spezifische Bürgschaft gesichert	62.23
Erdbebensicherungen	Subvention aus dem jährlichen Investitionsbudget der Dienststelle f. Gesundheitswesen	21.60
Ergänzende strategische Investitionen	Finanzierung muss rasch geklärt werden	294.33
Strategische Investitionen (ab 2030)	Finanzierung ab 2030 noch zu definieren	242.84
Total		1'058.44

Der Investitionsbedarf des Spital Wallis. Tabelle: pomona.media/tjo

Das neue Finanzierungsmodell zeigt: Das Spital Wallis erhält vom Staatsrat grosse Unterstützung. Doch auch das Spital steht in der Verantwortung. Verwaltungsratspräsident Pascal Studer sagte, dass man künftig auch im Unterwallis versuche, eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren – wie das im Oberwallis der Fall ist. Man habe im vergangenen Jahr über 30 Millionen Franken einsparen können, dieser Prozess werde weitergeführt. Dabei muss Studer auch die Zentralisierung im Spitalzentrum Unterwallis ansprechen. Und die Frage, ob das Spital Wallis künftig unbeliebtere Disziplinen nicht mehr anbieten soll.

Die Reaktionen aus der Politik

Die politischen Reaktionen auf das neue Finanzprojekt fallen unterschiedlich aus – sind für die weitere Debatte aber entscheidend. Schlussendlich wird der Grosse Rat entscheiden müssen.

neo-Fraktionschef Martin Kalbermatter sagt, dass mit den Vorschlägen der Regierung nun eine Diskussionsbasis vorliege. Auf dieser Grundlage könne weitergearbeitet werden. Die Überbrückung der sich abzeichnenden Liquiditätsengpässe durch die Gewährung einer erneuten Bürgschaft und die Übernahme der zusätzlich anfallenden Kosten für die Amortisation und Verzinsung durch den Kanton seien Massnahmen, die notwendig seien, um kurzfristig die finanzielle Situation der Spitäler zu entlasten. «Die Idee, einen kantonalen Immobilienfonds «Gesundheit» einzurichten, mit dem Ziel, sämtliche Spitalgebäude in diesen Fonds einzugliedern, braucht sicher noch die entsprechenden Diskussionen und Abklärungen. Grundsätzlich stehe ich dieser Idee positiv gegenüber», sagt Kalbermatter weiter. Parallel zur Diskussion über die Notwendigkeit und die Schaffung eines entsprechenden Fonds sei der Bedarf an Leistungen, aber auch an notwendigen Standorten des Spital Wallis, unabhängig von regionalen Interessen, zu klären.

Christian Gasser, Fraktionschef der SVP(), zeigt sich erstaunt über die Vorschläge von Reynard und Schmidt: «Wär unser Roberto Stuft noch ein Goldtopf versteckt, von dem niemand wusste?», fragt er. Der Steuerzahler habe nun für 694 Millionen Franken, die sich das Spital Wallis leihen könne. Während fünf Jahren übernehme der Steuerzahler sogar die Zinsen und Abschreibungen von 70 Millionen Franken. «Und es wird ein Fonds aus dem Hut gezaubert, dessen Ersteinlage noch ungeklärt ist», sagt Gasser. Das Problem müsse endlich an der Wurzel angepackt werden, nämlich die «ineffizienten und teuren Prozesse im medizinischen Spitalkonzept». «Alles andere sei Symptombekämpfung auf dem Buckel der Steuerzahler», sagt Gasser.

> «Alles andere ist Symptombekämpfung auf dem Buckel der Steuerzahler.»
>
> **Christian Gasser**
> Fraktionschef SVP()

Claudia Alpiger von der SP Oberwallis begrüsst die vom Staatsrat präsentierten Vorschläge. Die Entscheide des Staatsrates seien nötig, weil das prioritätierte Gesundheitssystem in den letzten Jahren aus dem Lot geraten sei. «Die Profite der Krankenkassen, Pharma- und Medizintechnikindustrie, der Spezialärzte und der Privatspitäler steigen immens, während die Öffentlichen Spitäler und die Prämienzahlerinnen immer mehr unter Druck geraten», sagt Alpiger. Man fordere deshalb, dass das Spital Wallis besser vor der unfairen Konkurrenz durch grosse Gesundheitskonzerne geschützt werde. Dass eine Arbeitsgruppe nun einen Bericht zum neuen Fonds erstellen muss, enttäuscht Alpiger indes. Sie bezweifelt, dass dieser wirklich neue Erkenntnisse bringen könne. «Wir hoffen, dass der Kanton den Entscheid dazu nicht zu lange verzögert, damit in diesem Bereich endlich für alle Beteiligten Planungssicherheit herrscht», so Alpiger.

Rahel Pirovino-Indermitte von der Mitte Oberwallis fordert eine langfristige Spitalplanung, die der «finanziellen Realität Rechnung trägt». Sie befürchtet, dass dies mit der Schaffung des Fonds weiterhin ausbleibt. Die Situation werde nicht einfacher, sobald der Geldtopf für sämtliche Gebäude des Spitals Wallis zur Verfügung gestellt werde. Die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung durch den Kanton stehe ausser Frage, so Pirovino-Indermitte. Doch das Grundproblem liege bei den zu tiefen Tarifen: «Hier muss vorwärtsgemacht werden.» Pirovino-Indermitte hat Vorbehalte gegenüber der Fondslösung. Die Mitte Oberwallis sehe Risiken bezüglich der Aufteilung der Zuständigkeiten, der fehlenden Transparenz durch eine eigene Rechnung ausserhalb der Staatsrechnung. Auch der Anreiz zur nötigen Anpassung der Strukturen würde dadurch sinken. Es sei wichtig, dass ein Anreiz zur Wirtschaftlichkeit bestehe und die Effizienz im Spital Wallis gesteigert werde. Zudem empfindet Pirovino-Indermitte es als «speziell», dass solche Entscheide kurz vor Amtsübergabe gefällt wurden.

Sonia Tauss-Cornat ist Fraktionschefin der FDP. Sie erwartet vom Staatsrat «präzise Antworten», weshalb die Kosten derart massiv überschritten wurden. Der Kanton müsse die Mehrkosten nicht über seine Fonds finanzieren: Die zusätzlichen Kosten des Bauprojekts seien durch eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Kanton und dem Spital Wallis geregelt. Es bestehe kein Anlass, die Spielregeln zu ändern.

Schmidts letzte Medienkonferenz

Schmidt wird das Finanzdepartement heute Mittwochabend an Franziska Biner (Die Mitte Oberwallis) übergeben. Hätte nicht sie zusammen mit Mathias Reynard das neue Finanzierungsmodell präsentieren sollen? Schmidt sagte, er sei Staatsrat bis Ende April und nehme diese Verantwortung wahr. Er habe das Projekt während dreieinhalb Jahre mit Mathias Reynard und den Spitalverantwortlichen ausgearbeitet – und habe zuletzt auch Biner über den Plan informiert. «Hätten wir keine Lösung präsentiert, wäre sicherlich der Vorwurf laut geworden, dass wir dieses heisse Dossier einfach weitergehen – ohne eine Lösung zu präsentieren», so Schmidts Worte an seiner letzten Medienkonferenz als Walliser Staatsrat.